



Die GdP ist die Gewerkschaft der Polizei

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Derzeit haben wir viele Themen innerhalb der Polizei zu beackern. Dazu gehören die Innere Sicherheit mit den Gefährdern, die Fußfesseln, Videoüberwachung sowie der Personal-mangel innerhalb der Polizei.

Aufgrund vieler Gespräche und Presseanfragen ist mir immer bewusster geworden, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften nicht mehr vertreten fühlen. Es wird ständig vorgehalten, dass zu wenig getan werde und wir uns als Gewerkschaften mehr untereinander beschäftigen würden, als gemeinsam vorzugehen. Es wäre doch viel mehr zu erreichen, wenn wir gemeinsame Wege einschlagen würden.

Nun ist es mir ein Anliegen hierzu Fakten auf den Tisch zu legen. Es war die GdP, welche vor vielen Jahren eine Kooperation zwischen BDK, DPoIG und GdP angestrebt und auch erreicht hatte. Viele Kollegen erinnern sich sicherlich an die gemeinsamen, mächtigen Demonstrationen in Sindelfingen und Pforzheim. Hier sind wir gemeinsam für eine bessere Bewertung und den Erhalt des Pensionsalters mit Erfolg auf die Straße gegangen. Zu diesem Zeitpunkt waren sich auch alle drei Gewerkschaften einig, dass der Polizeiberuf im gehobenen Dienst angesiedelt und der mittlere Dienst innerhalb der Polizei abgeschafft gehört (= Zweigeteilte Laufbahn).

Leider hat diesen Weg insbesondere die Berufsvertretung Deutsche Polizeigewerkschaft verlassen. Mit welchen Folgen?

Wir lassen uns politisch immer wieder auf das niedrigste Niveau heruntersetzen, was die Bewertung innerhalb der Polizei angeht (Anmerkung: Die Zahlen hierzu wurden in der Februar-Ausgabe 2017 veröffentlicht.). Das bedeutet, dass wir nicht einen Einstieg für Polizeibeamte in A 8 be-

nötigen. Das ist nicht akzeptabel und geht in die völlig falsche Richtung.

Die GdP bleibt bei ihrer Forderung, dass der Polizeibeamte mit A 9 im gehobenen Dienst eingestellt werden muss.

Die Einstellung von nahezu 90 Prozent Abiturienten und Inhaber der Fachhochschulreife sprechen für sich. Diese Kolleginnen und Kollegen möchten nicht im mittleren Dienst versauern. Sie wollen auch nicht mit A 8 bis evtl. A 9 und einer „Vielleicht-Zulage“ (siehe Dienstpostenbewertung) abgespeist und für Jahre auf das Abstellgleis gestellt werden! So wertschätzt niemand seine Mitarbeiter, die jeden Tag ihre Gesundheit aufs Spiel setzen und alles geben, damit sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sicher fühlen können.

Diese 90 Prozent haben es nicht verdient, sich Auswahlverfahren zu stellen, um in den gehobenen und darüber evtl. auch in den höheren Dienst aufsteigen zu können.

Damit muss endlich Schluss sein!

Wir, die Gewerkschaft der Polizei, stehen uneingeschränkt dazu, dass alle Polizeibeschäftigten in den gehobenen Dienst gehören. Es ist auf keinen Fall hinzunehmen, dass die ärmsten Bundesländer in dieser Republik es sich leisten, ihre Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im gehobenen Dienst einzustellen, und wir als eines der sogenannten „reicheren“ Bundesländer hintenanstehen.

Diesen Weg unterstützen unsere Mitbewerber, weil sie die Kooperation verlassen und eigene Wege eingeschlagen haben.

- Jede/Jeder Polizeibeschäftigte, der nicht Mitglied in unserer GdP ist, entscheidet sich gegen eine gerechte Bewertung seines eigenen Berufsbildes.
- Jede/Jeder Polizeibeschäftigte, der nicht Mitglied in unserer GdP ist, nimmt billigend in Kauf, dass im mittleren Dienst in Ruhestand gegangen wird.

- Jede/Jeder Polizeibeschäftigte, der nicht Mitglied in unserer GdP ist, unterstützt andere Wege, unser Berufsbild der Polizei „klein“ zu reden und zu halten.



- Jede/Jeder Polizeibeschäftigte, der nicht Mitglied in unserer GdP ist, verhindert das Durchsetzen von wichtigen Forderungen, wie z. B. die Anhebung der Zulage für den Lageorientierten Dienst auf Industrieniveau (mindestens 15 Euro).
- Jede/Jeder Polizeibeschäftigte, der nicht Mitglied in unserer GdP ist, verhält sich unsolidarisch, weil er die erkämpften Erfolge, wie z. B. die Tarifierhöhungen und Besoldungserhöhung in Anspruch nimmt, ohne einen Beitrag dazu zu leisten.

Mir ist es ein dringendes Bedürfnis klar und deutlich zu benennen, dass mir viele Mitglieder unserer Mitbewerber deutlich zu verstehen geben, dass sie gerne die Zweigeteilte Laufbahn haben wollen. Ich fordere euch alle hiermit auf, schreibt das euren Landesvorsitzenden.

Alle bisher aufgelegten Programme waren für die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst angedacht und dort ist gefühlt am wenigsten angekommen. Darum ist es zwingend notwendig, die Zulagen deutlich zu erhöhen.

Wer jetzt noch glaubt, dass solche Maßnahmen von den Verantwortlichen freiwillig umgesetzt werden, der ist und bleibt ein Träumer.

Wer möchte, dass für die Anerkennung und die Wertschätzung seines Polizeiberufes eingetreten wird, der weiß jetzt, warum die GdP die Gewerkschaft der Polizei ist. **H.-J. K.**



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr die Landesredaktion unter der Telefonnr. 01 77-4 84 56 87.

Der Redaktionsschluss für die Aprilausgabe 2017 des Landesjournal, Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 3. März 2017. Für die Maiausgabe 2017 ist er am Freitag, dem 31. März 2017.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden. Vielen Dank!

Verena Keppler

In Zukunft wird es weniger Polizisten geben als von der Landesregierung versprochen

Überall liest man, dass die Polizei mit Neustellen verstärkt werden soll. Neustellen für die Polizei klingt vorerst mal gut und der Bürger geht da oft von einer erheblichen Personalstärkung der Polizei aus.

Ich habe mir einmal erlaubt an einem Beispiel darzustellen, wie die Landesregierung in Baden-Württemberg dies in den nächsten Jahren plant.

Bei uns in Baden-Württemberg gehen in etwa zum Jahr 2022 rund ein Viertel der Beamten der Polizei in Pension. Das heißt, von den insgesamt 24 665 Streifen- und Kriminalpolizisten etwa 6100.

Die Landesregierung versprach bis 2021 insgesamt 1500 zusätzliche Polizeistellen zu schaffen. Fakt ist, dass die 1500 Polizeistellen 600 Stellen im sogenannten Nichtvollzug beinhalten. Das sind also keine Polizisten, sondern überwiegend Tarifpersonal z. B. für den Verwaltungsbereich bei der Polizei, das auch dringend gebraucht wird.

Bleiben also 900 „echte“ Polizisten, die man bis 2022 einstellen will, übrig. Nimmt man aber die Zahl der Pensionierungen im Jahr 2017/2018 zum Vergleich, so gehen 1900 Polizisten in Pension, aber es werden in 2017/2018 lediglich 1550 Absolventen zur Verfügung stehen.

Upps, wird der interessierte Leser sich fragen, da hat die Polizei Ende 2018 ja 350 Polizisten weniger? Genauso ist es. Erst im Jahr 2019 sollen sich die Polizisten, welche in Pension gehen, mit den Polizeiabsolventen die Waage halten.



Seit Jahren sagen wir von der GdP, dass die sogenannten Neustellen der Polizei nicht einmal die Polizisten ersetzen werden, die in den kommenden Jahren altersbedingt den aktiven Dienst verlassen. Im Übrigen ist das nicht nur in Baden-Württemberg so. Die Politik verkauft gerne den Bürgern ihre Zahlen als sogenannte Neueinstellungen.

Es bleibt also die Frage, wie die Landesregierung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2021 die 900 zusätzlichen Polizeistellen verwirklichen will. Die Landesregierung plant, in den Jahren 2017 bis 2021 jeweils 1400 Polizeianwärter einzustellen. In 2022 wären dann nur noch 1000 Polizeianwärter vorgesehen, um damit die demografischen Probleme (z. B. Pensionierungen) in den Griff zu bekommen. Ist dieses Ziel erreicht, dann sollen wieder die Einstellungen bei der Polizei reduziert werden.

Ob am Ende die versprochenen 900 Neustellen verwirklicht sind, bezweifle ich stark.

Thomas Mohr

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Verena Keppler (V.i.S.d.R.)
Maybachstraße 2
71735 Eberdingen
Tel.: (01 77) 4 84 56 87
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



NUN IST DER SUPER-GAU EINGETRETEN!

Die Polizei kann die zur Verfügung stehenden 350 Ausbildungsplätze 2017 und 2018 nicht besetzen

Jetzt haben wir die Bescherung! Das, was die Gewerkschaft der Polizei seit vielen Jahren bemängelte, ist jetzt eingetreten. Im Vollzugsdienst der baden-württembergischen Polizei fehlt ausreichend Nachwuchs. Deshalb können in diesem und im nächsten Jahr nicht alle durch Pensionierung frei werdenden Stellen wiederbesetzt werden. Man spricht von 350 unbesetzbaren Ausbildungsstellen. Aus Sicht der Gewerkschaft ein skandalöser Zustand.

Während in den kommenden beiden Jahren demnach 900 Beamte pensioniert werden, treten nur 750 Absolventen den Dienst bei der Polizei an. In diesem Jahr bleiben also nach Auskunft des Innenministeriums 150 Stellen unbesetzt und können nicht ausgeglichen werden, im nächsten Jahr sind es 200 Stellen.

Bis 2020 erreichen nach einer aktuellen Landtagsanfrage der FDP 6100 Polizei-beamtinnen und -beamte das Pensionsalter. Bis dahin sollen 6450 neu ausgebildet sein, aber nur, wenn man die Ausbildungsstellen permanent auch besetzt bekommt. Dies wären zwar bis dahin 350 Polizisten mehr, jedoch immer noch weit weniger als die von der Landesregierung versprochenen zusätzlichen 1500 Polizisten.

Seit vielen Jahren weiß man, dass der Polizei ab dem Jahr 2016/2017 eine „große Pensionierungswelle“ bevorsteht. Die politisch Verantwortlichen reagierten nach Schema F: leichter Stellenanstieg gepaart mit dem altbewährten Mittel einer Polizeireform. Dass eine Zitrone sich bekanntlich nur einmal ausquetschen lässt, gilt zumindest nicht in der Wahrnehmung mancher Entscheidungsträger. Langjährige Forderungen der Gewerkschaft der Polizei nach einer deutlichen Erhöhung der Einstellungszahlen wurden von den politischen Verantwortlichen ignoriert. Hier spiegelt sich das Versäumnis einer verfehlten Einstellungspolitik auf drastische Art und Weise wider.

Ob überhaupt ausreichend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber

für die Polizei zur Verfügung stehen, muss wegen der großen Konkurrenzsituation mit der freien Wirtschaft bezweifelt werden. Geplante und erfolgte Kürzungen bei der Besoldung und in anderen Bereichen haben zu einem Attraktivitätsverlust des Polizeiberufs von erheblichem Ausmaß geführt, was an meist rückläufigen Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei innerhalb der letzten zehn Jahre festzustellen ist.

Immer mehr Aufgaben, ein immer anspruchsvollerer Dienst, die zunehmende Respektlosigkeit, die gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Veranstaltungen, Demonstrationen und Fußballspielen sind an der Tagesordnung. Die steigende Einbruchskriminalität und die steigenden Aufgaben wegen der Terrorgefahr werden vielfältiger und dauern auf unabsehbare Zeit an. Der Berg an Überstunden, die bis Mitte 2016 bei den Polizeibeamten in Baden-Württemberg einen hohen Stand von mehr als 1,3 Millionen erreichten, ist durch die laufenden Einsätze und mangelnden Personalressourcen kaum spürbar abzubauen.

Wenn man unter diesen ungünstigen Umständen noch feststellt, dass Bewerber ab dem Ausbildungsbeginn zwischen 2,5 bis 4,5 Jahre je nach Laufbahngruppe benötigen, bis sie vollwertig eingesetzt werden können, zeigt sich das Dilemma einer seit vielen Jahren versagenden Personalpolitik, für die seit mindestens drei Legislaturperioden die verantwortlichen Politiker aller Couleur Verantwortung tragen. Wie man es besser machen kann, zeigt ein Blick zu unserem bayerischen Nachbarn. Dort sind aktuell 41 000 Vollzugsbeamte im aktiven Dienst.

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte und der flächenmäßigen Ausdehnung müssten in Baden-Württemberg 34 000 Vollzugsbeamten zur Verfügung stehen. Davon ist und bleibt Baden-Württemberg mit 24 000 Vollzugsbeamten Lichtjahre entfernt. Bleibt zu hoffen, dass die Zeichen

jetzt auch in Baden-Württemberg sprichwörtlich auf Grün stehen und schnelles, konsequentes, kompromissloses und vor allem unbürokratisches Handeln auf der Agenda steht anstatt substanzlose Wahlkampf-Versprechungen. Im Bereich der Gewinnung von Polizeinachwuchs und in Fragen der öffentlichen Sicherheit darf es angesichts der derzeitigen Herausforderungen keine Tabus mehr geben. Die Bevölkerung und auch die Polizei-beamtinnen und -beamten werden es honorieren sowohl in die eine als auch andere Richtung.

Uli Müller
Vorsitzender der Gewerkschaft
der Polizei – Bezirksgruppe
Polizei-präsidium Einsatz –



TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN

Besoldung nicht auswürfeln

Nachdem die öffentlichen Arbeitgeber bei der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot machten, kündigten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Warnstreiks und Protestaktionen bis zur dritten Verhandlungsrunde an.

Ein erster Aufschlag fand am Freitag, dem 3. Februar, statt. Die Vertreter der ÖD-Gewerkschaften des DGB waren von Staatsminister Murawski zum Mittagessen und Meinungsaustausch in das Staatsministerium eingeladen worden.

Unter dem Motto „Besoldung nicht auswürfeln“ versammelten sich vor dem Staatsministerium Kolleginnen und Kollegen von Verdi, der GEW und der BAU, um ihren Verhandlungsführern Solidarität zu signalisieren. Von der GdP waren der stellv.



Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Ludwigsburg, Wolfgang Kircher, und der GdP Landesvorsitzende Hans-

Jürgen Kirstein, der anschließend an dem gemeinsamen Gespräch teilgenommen hat, vor Ort. **wki**

DGB

Außerordentliche Bezirkskonferenz des DGB



V. l. n. r.: Verena Keppler, Martin Kunzmann, Karen Rath, Ulrich Deffner, Hans-Jürgen Kirstein
Foto: M. Stiepert, DGB

In ihrem Grußwort verdeutlichte die Präsidentin des Landtags BW, Frau Muhterem Aras, dass Respekt, Toleranz und Solidarität als Leitbilder im Alltag eines jeden Menschen gelten sollten. Auch müsse den rechtspopulistischen Kräften deutlich entgegengetreten werden. Nach der Rede des DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann, in welcher er für ein solidarisches Europa plädierte, galt es einen neuen DGB-Landesvorsitzenden zu wählen. Mit einem Ergebnis von 100% entschieden sich die 91 Delegierten für Martin Kunzmann (vormals Geschäftsstellenleiter der IG-Metall Pforzheim). Der langjährige Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf bestreitet seinen weiteren beruflichen Werdegang in Brüssel.

Von der GdP nahmen der Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein, die Landesjugendvorsitzende Verena Keppler sowie Karen Rath und Ulrich Deffner als Delegierte teil.

Wir gratulieren Martin Kunzmann recht herzlich und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm!

Verena Keppler

Am 28. Januar 2017 fand die 6. außerordentliche Bezirkskonferenz des

DGB Baden-Württemberg im Willibleich-Haus, Stuttgart, statt.



DISTANZ-ELEKTRO-IMPULSGERÄT

Stellungnahme des GdP-Bundesausschusses Schutzpolizei

Fortsetzung aus der Februar-Ausgabe

5. Aus- und Fortbildung:

DEIG sind von der Form her ähnlich den Dienstwaffen aufgebaut. Sie werden am Griffstück gefasst und über den Abzug bedient. Bezüglich des Ladevorgangs und der Bedienung der Sicherung sind jedoch Unterschiede gegeben. Das DEIG wird am Gürtel wie die Pistole in einem Holster getragen.

Als großes Risiko bezogen auf DEIG wird die Überforderung der Einsatzkräfte angeführt. Tatsächlich resultiert eine Überforderung entweder aus ungeeigneten Geräten oder aber aus mangelhaften Trainingsmöglichkeiten. Die Geräte selbst sprechen nicht gegen eine sichere Handhabung. Eine gute Einweisung in das Gerät und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen sind erforderlich. Die AG sieht diese Tatsache nicht als ein Argument gegen DEIG an. Sie ist vielmehr eine zu berücksichtigende Rahmenbedingung.

Erforderlich sind zumindest zwei Trainingskomponenten:

- **Handhabungstraining:**
Einweisung in den Aufbau und die Handhabung des Geräts, den rechtlichen Rahmen, Wirkungsweise und medizinische Erste Hilfe sowie die Einsatzkonzeption
- **Einsatztraining:**
Einweisung in die taktische Einfügung, das arbeitsteilige Vorgehen, Eigensicherungshinweise, Festnahmetechniken (...)

Bei dem Handhabungstraining ist von einer Veranstaltung auszugehen, die einen Tag dauert und der Erteilung der Berechtigung zum Führen/Einsatz des DEIG vorzuschalten ist. Bei dem Einsatztraining sollte man sich an den Einsatztrainings für Amoklagen orientieren. Allerdings sind Trainings, die nur einen Tag/Jahr umfassen, als zu gering anzusehen.

Die Fortbildung ist als Pflichtfortbildung zu konzipieren.

Aus der Anwendung haben sich bereits Empfehlungen ergeben, die konzeptionell aufgegriffen werden sollten.

- **Einführungslehrgang:**
zwei Tage (1 Tag Handhabungstraining/ein Tag Einsatztraining)
- **Folgelehrgang:**
Einsatztraining etwa alle sechs Monate, zum Ausschluss der Verwechslungsgefahr (Cross-Ziehweise) und Erlangung der Fertigkeit zur Handhabungs- und Treffsicherheit
- **Um Verwechslungen beim Ziehvorgang zu vermeiden, ist die Cross-Ziehweise dringend anzuraten (... gegenüberliegende Seite zur Schusswaffe ...)**
- **Handhabung und Techniken im Umgang** sind teilweise schon in der Ausbildung beim Schießtraining enthalten, deshalb Integration in bestehende Konzeption möglich

6. Verfügbarkeit:

Auch aus den vorgenannten Gründen spricht sich die AG nicht für eine personenbezogene Ausstattung aus. Vielmehr wird eine dienststellenbezogene Ausstattung präferiert, die sich grob an der Anzahl der Einsatzwagen orientiert und das Vorgehen im eingespielten Team begünstigt.

Empfehlenswert ist dann die Qualifizierung von einsatzerfahrenen Beamtinnen und Beamten. Diese Anzahl läge nach Auffassung bei unter 50 % des Personals der Schichten.

Damit könnte auch dem zwar nicht genannte aber zu vermutende kritische Argument aus den Innenressorts begegnet werden: den Kosten, die mit der Einführung und der Ausbildung verbunden sind.

Es erscheint ein Konzept erforderlich, welche Dienststellen ausgestattet werden sollten. Dies können – müssen aber nicht – alle Dienststellen sein. Die AG sieht die Ausstattung von solchen Dienststellen tendenziell kritisch, die nur über einen FuStw verfügen. Dies würde an der Empfehlung vorbeigehen, immer mindestens zwei Teams einzusetzen. Ebenso wird die Ausstattung von kleineren Dienststellen, die nur temporär besetzt sind, eher kritisch gesehen. Hier ist jedoch Diskussionsbedarf gegeben und eine Entscheidung zu dieser Frage würde sich auch an der Konzeption des jeweiligen Landes orientieren. Da ein zielführender Einsatz auch durch eine

Streife erfolgen kann, ergeben sich die Fragen eher aus der bei sehr kleinen Dienststellen geringen Einsatzwahrscheinlichkeit im Gegensatz zu Mittel- oder Oberzentren.

Im Ergebnis sollten solche Dienststellen in jedem Fall geprüft werden, deren Einsatzaufkommen allgemein erhöht ist oder durch besondere Institutionen (psychiatrische Einrichtungen) ein sonstiger besonderer Bedarf gegeben ist.

Fazit:

1. DEIG sind ausgereift, weisen eine hohe Funktionalität auf, sind als handhabungssichere, nicht letale Waffe einzustufen und weisen eine gute Handhabungsfreundlichkeit auf. Die Treffgenauigkeit ist innerhalb der Reichweite hoch und wird durch Laserpunkte unterstützt.
2. Sie werden in einer Vielzahl von Ländern bereits im Streifendienst eingesetzt.
3. Das größte Risiko ist darin zu sehen, dass sich die getroffene Person beim Stürzen verletzt. Verletzungen durch den Stromfluss an sich sind wissenschaftlich nicht belegt, als gering anzusehen und sind auf weitere Faktoren zurückzuführen (Intoxikation, Vorverletzungen, Verletzungen durch die Festnahme selbst).
4. Der Einsatz gegen Kinder sollte ausgeschlossen werden.
5. Der Einsatz gegen sichtbar Schwangere ist auszuschließen.
6. Der Einsatz gegen alkohol-, drogen- oder medikamentenbeeinflusste Personen ist möglich. Der Einsatz gegen psychisch kranke Personen ist möglich. Da die Einsatzsituation an sich schon Aspekte eines medizinischen Notfalls darstellt, ist zu empfehlen, einen RTW hinzuzuziehen.
7. Die DEIG schließen eine Einsatzlücke zwischen Schlagstock (zu kurz), Pfeffer-/Reizgasspray (oft nicht wirksam) und der Schusswaffe (hohe rechtliche Hürde/schwere Folge).

Fortsetzung auf Seite 6



DISTANZ-ELEKTRO-IMPULSGERÄT

Fortsetzung von Seite 5

8. Bei genauer Betrachtung ist das DEIG oft als das mildeste Mittel anzusehen, wenn die direkten Folgen betrachtet werden.
9. Beobachtet wurde eine hohe präventive Wirkung durch die eindringliche gerätebezogene Ankündigung (ARC-Funktion/Tackern).
10. Empfohlen wird die Ausstattung für den Streifendienst im Team mit zwei Beamten – nicht jedoch für den tatsächlichen Einsatz durch allein agierende Einsatzkräfte.
11. Nicht im Rahmen des Einsatzes bei größeren Menschenmengen/Tumultlagen.
12. Recht, Taktik, Wirkungsweise und allgemeine Maßnahmen der Ersten Hilfe sowie Handhabung bedürfen einer Ausbildung und der konzeptionellen Untermauerung.

- Die Handhabung ist in Fortbildungen zu wiederholen.
13. Der Gesetzgeber muss in den meisten Ländern für den rechtssicheren Einsatz dieser Waffe auf Grundlage der Polizei- bzw. Zwangsgesetze erst den rechtlichen Rahmen schaffen.
14. Die Einstufung als Schusswaffe ist abzulehnen.

Die AG empfiehlt die Einführung des Distanz-Elektro/-impulsgeräts für den Streifendienst und ähnlich gelagerte Einsatzfähigkeiten unter folgenden Voraussetzungen:

- **Gerät, welches sich zumindest an dem technischen Standard des Taser X2 orientiert**
- **Erstellung eines Handhabungskonzepts**
- **Erstellung eines Fortbildungskonzepts (Erstausbildung/Folgefortbildung)**
- **Erstellen eines Dienststellenkonzepts**

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Polizeihauptkommissar

PP Aalen: Oliver Echner, Michael Kraus

PP Karlsruhe: Jochen Schmid

Polizeioberkommissar/-in

PP Aalen: Sabrina Klenk, Manfred Krause

PP Karlsruhe: Alexander König

PP Ludwigsburg:

Johanna Theresia Oswald, Tobias Staiger

PP Tuttlingen: Daniel Pflumm

Kriminaloberkommissar/-in

PP Aalen: Verena Lutz,

Marco Scheuber, Sandro Wöhrle

Polizeikommissar

PP Aalen: Udo Feucht

PP Einsatz: Sven Wiesner

PP Tuttlingen: Michael Zinnebner

PP Ulm: Wolfgang Loser

Polizeihauptmeister/-in mit Zulage

PP Aalen: Karl-Heinz Weller

PP Ludwigsburg:

Stefan Peter Luz, Gabriele Bühler

PP Tuttlingen: Markus Schneider

Polizeihauptmeister/-in

PP Aalen:

Jose Ballesteros Segovia,

Melanie Most, Lisa Weckerle

PP Karlsruhe: Sina Maag,

Jan Frenkel, Till Radloff

PP Ludwigsburg: Kirsten Fink,

Julia Sarah Blesing,

Enrico Heidenreich,

Henning Bestvater,

Katharina Zinth

Polizeiobermeister/-in

PP Aalen: Bettina Zöpf

PP Karlsruhe: Jannic Kern

PP Ludwigsburg:

Manuel Deutschmeyer

ES TRATEN IN DEN RUHESTAND:

PP Freiburg: Walter Veesser

PP Heilbronn: Rolf Lutz

PP Ludwigsburg:

Harald Kratschmar

PP Offenburg: Guido Eckarter

Wir wünschen den Kollegen im Ruhestand alles Gute!

Zusammengestellt von Angelika Burckhardt

Wir fordern deshalb mindestens **5 Euro** in einer

V.i.S.d.P.: Thomas Mohr, GdP-Vorsitzender PP Mannheim



JUNGE GRUPPE

Klausurtagung des Bundesjugendvorstandes

Vom 1. bis 3. Februar 2017 fand die Klausurtagung des Bundesjugendvorstandes in der Geschäftsstelle des GdP-Landesbezirks Thüringen statt. Neben den Themen Bundesjugendkonferenz 2018 und der Mitgliederentwicklung in den einzelnen Landesbezirken stand vor allem die

Werbung neu eingestellter Kolleginnen und Kollegen auf der Tagesordnung. Die Gewerkschaftsarbeit wurde jedoch nicht nur theoretisch besprochen, sondern es wurde auch aktiv gehandelt. Neben vielen anderen Kolleginnen und Kollegen von ver.di und der GEW nahm der Bun-

desjugendvorstand an einer Kundgebung mit anschließender Demo zur Staatskanzlei Erfurt zum Thema Tarifverhandlungen teil – der Tarifkampf hat begonnen! Gemeinsam sind wir viele und gemeinsam können wir etwas bewirken!

Verena Keppler



AUS DEN BEZIRKSGRUPPEN

Seniorenstammtisch der GdP-Bezirksgruppe PP Stuttgart

Der Seniorenstammtisch der Bezirksgruppe PP Stuttgart trifft sich am Donnerstag, 30. März 2017, 13.45 Uhr, bei der Feuerwehr Stuttgart, Feuerwache 1, Heusteigstraße 12, 70182 Stuttgart-Süd zu einer Besichtigung. Beginn ist 14 Uhr.

Der Zugang zur FW 1 ist auf Höhe Katharinenstraße 14.

Mit der U 6, U 7, U 12 oder U 15 ist die FW 1 ab der Haltestelle Charlottenplatz in zwei Minuten zu Fuß zu erreichen. Parkplätze gibt es im Breuninger- oder Züblin-Parkhaus.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Ich bitte deshalb um eine Anmeldung auf 0 71 56-2 27 99 (Walter Burkart, ggf. Anrufbeantworter abwarten).

W. B.



Gut, dass es sie gibt.
Gewerkschaft der Polizei



In dieser Ausgabe stellen wir ein Familienangebot und spannende Schiffsreisen mit „Mein Schiff“ vor!

Reisen sie doch einmal nach IBIZA!

Einzigartige Natur, immergrüne Landschaften, versteckte Buchten und tolle Strände – das ist Ibiza. Gepaart mit reizenden Dörfern im Hinterland, buntem Treiben auf den Märkten mit Hippiekultur und einem abwechslungsreichen Nachtleben, bietet die Insel alles, was das Urlaubs Herz begehrt.

Die Strände aus feinstem Sand sind einer der Hauptgründe für die Beliebtheit Ibizas. Oft seicht ins Mittelmeer abfallend und von hübschen Buchten eingeraht, sind sie der perfekte Ort für ausgiebige Sonnenbäder und bestens geeignet für einen Urlaub mit Kindern.

Wussten Sie schon, dass sich Ibiza auch bestens für die gesamte Familie eignet?

- Kurze Flugzeit und gute Flugverbindungen
- Germania fliegt ab sofort von NUE und Germanwings ab DUS, HAJ und STR nach Ibiza
- Feinsandige und seicht ins Meer abfallende Strände mit sauberem Wasser – oft durch Buchten geschützt
- Kinderfreundliche Ferienorte und Ferienanlagen
- Großes Freizeitangebot für die gesamte Familie

Alltours bietet z.B.:

- Sparangebot „Urlaubstage geschenkt“ in ausgewählten Zeiträumen
- Preisvorteile für große und kleine Familien
- Kinderfestpreise in der Regel bis 14 Jahre – auch in den Ferien
- Kinderfestpreise für Singles mit Kind
- Rabatte für Jugendliche bis zu 24 Jahren
- Best-Age-Vorteile ab 55 Jahren
- Zug-zum-Flug-Ticket 2. Klasse bei Pauschalreisen inklusive

Neues Tophotel auf Ibiza

Azuline Hotel Cala Martina Ibiza

- Großzügig angelegter und ansprechend gestalteter Außenbereich
- Zum Meer hin ausgerichteter Swimmingpool mit Sonnenterrassen
- Adults-only-Bereich auf der Chill-out-Dachterrasse mit Meerblick
- Multifunktionsplatz für Fuß-, Volley- oder Basketball
- Neuer Splash-Bereich mit Spielmöglichkeiten und Sonnenterrasse
- Strand mit hoteleigenem Bereich ca. 300 m entfernt
- Vollständig renoviertes und neu gestaltetes Hotel

1 Woche im DZ/AI

p. P. ab 507 €

Weitere Hotels auf IBIZA bitte anfragen.

Unterwegs mit „Mein Schiff“ im östlichen Mittelmeer und von Dubai nach Indien

Last Minute Spezial:

Östliches Mittelmeer

10 Nächte
Innenkabine inkl. Flug
Premium Alles Inklusive

Flex-Preis

Variante 1

Reisetermine:
11.04. – 21.04.2017 Östliches Mittelmeer mit Rhodos oder
21.04. – 01.05.2017 Östliches Mittelmeer trifft Mallorca I
ab **1.299 € pro Person**

Variante 2

Reisetermine:
07.05. – 17.05.2017 Östliches Mittelmeer mit Rhodos oder
17.05. – 27.05.2017 Mittelmeer mit Zypern
ab **1.299 € pro Person**



Dubai mit Indien

Route Dubai mit Indien an Bord der Mein Schiff 5. Sie können sich auf einen spannenden Mix der Kulturen und viel Geschichte auf dieser 14-tägigen Route freuen.

Termine:
04.12.2017 – 18.12.2017
19.02.2018 – 05.03.2018

Neben den vielfältigen Zielen und Häfen kommen Ihre Kunden an insgesamt sechs Tagen an Bord in den vollen Genuss unseres Premium Alles Inklusive-Konzepts.
ab **1.878 € pro Person**

Sichern Sie sich bis zu 200 € Frühbucher-Ermäßigung pro Person bei Buchung bis zum 31.05.2017.



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Thomas Cook
Reisebüro

Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf
Tel.: 07042 / 8792 25

www.psw-reisen.de
karin.burger@psw-gbr.de

